SCHATTENBERICHTE

Solidarisch gegen Rassismus, Diskriminierung und rechte Gewalt e.V.
Opferperspektive

Nachrichten aus der Opferperspektive | *Brandenburg – Dezember 2023*

© Presseservice Rathenow / Opferperspektive

25 JAHRE VON DER TÄTER – ZUR OPFERPERSPEKTIVE

Ein Vierteljahrhundert Opferperspektive – ein Meilenstein, der sowohl Feierlichkeiten als auch tiefe Nachdenklichkeit mit sich bringt. Am 22. September 2023 feierten wir unser 25-jähriges Bestehen in Potsdam. Gegründet im Jahr 1998 als Antwort auf eine alarmierende Welle rechter Gewalt in Brandenburg, hat sich der Verein zu einer wichtigen Anlaufstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt und Diskriminierung entwickelt. Es ist der „Brandenburger Weg", die Arbeit von Staat und Zivilgesellschaft zu verknüpfen, um rechter Gewalt und Neonazismus entschieden entgegenzutreten. Im Eröffnungsbericht dieser Ausgabe werfen wir einen genaueren Blick auf die Erfolge, Konflikte und Herausforderungen dieser Zusammenarbeit.

Wir begehen ein weiteres Jubiläum in diesem Jahr: Seit nunmehr 20 Jahren erfassen wir systematisch rechte Gewalttaten für das Land Brandenburg. Tausende dokumentierte Taten, öffentlich zugänglich in unserer Chronik, erzählen von individuellen Schicksalen und den Auswirkungen rechter Gewalt auf ganze Teile unserer Gesellschaft. Gleichzeitig zeichnen sie ein Bild von Stärke und Ermächtigung, die sich in vielen Situationen gezeigt haben. Im Laufe der Jahre musste das Monitoring kontinuierlich weiterentwickelt werden, Fragen zur Definition und Erfassung rechter Gewalttaten wurden stets neu verhandelt und an gesellschaftliche Entwicklungen angepasst. Im zweiten Bericht sprechen wir daher über diese Entwicklungen sowie anstehende Herausforderungen.

Seit Bestehen der Opferperspektive haben wir nicht nur tausende Menschen beraten, die rechte, rassistische oder antisemitischer Gewalt erleben mussten, sondern seit 2009 auch Betroffene rassistischer Diskriminierung unterstützt. In diesem Jahr erweitern wir das landesweite Angebot der ADB auf viele weitere Formen von Diskriminierung. Mit dem Projekt „Stadt.Land.Horizont" streben wir ein übergreifendes Beratungsangebot an, um unseren Beitrag für eine gerechtere und offenere Gesellschaft zu leisten. Mehr zum neuen Projekt in den ADB-News.

In einer Zeit, in der rechte Kräfte an Einfluss gewinnen, ist die Existenz solidarischer und engagierter lokaler Strukturen umso wichtiger. Die zunehmende Zustimmung für die rechtsextreme AfD stellt eine erhebliche Bedrohung für weite Teile unserer Gesellschaft dar – einschließlich für Projekte wie die Opferperspektive. Die Gründung der Opferperspektive bedeutete einen Paradigmenwechsel – weg von der Täter- hin zur Opferperspektive. Die Geschichten der Betroffenen zu teilen, um ein Bewusstsein für das Ausmaß und die Auswirkungen rechter Gewalt und Diskriminierung zu schaffen, bleibt auch weiterhin Fokus unserer Arbeit.

Opferperspektive - Solidarisch gegen Rassismus, Diskriminierung und rechte Gewalt e.V.

INHALT

01 25 JAHRE VON DER TÄTER – ZUR OPFERPERSPEKTIVE
02 EINE BLEIBENDE HERAUSFORDERUNG
03 20 JAHRE MONITORING RECHTER GEWALTTATEN IN BRANDENBURG
04 VOR ORT: BAD FREIENWALDE, PRENZLAU, SPREMBERG, WITTSTOCK
05 AN DER SEITE DER BETROFFENEN - UND PARTNERIN DER WISSENSCHAFT
06 NACHBERICHT ZUR JUBILÄUMSFEIER
07 REZENSION
08 INTERVIEW MIT NADJA ABDELHAMID
09 PODCAST: „VIELFALT EINFACH MACHEN", KURZNACHRICHTEN
10 „STADT.LAND.HORIZONT" – ERWEITERUNG DER ADB

EINE BLEIBENDE HERAUSFORDERUNG

Seit 25 Jahren an der Seite Betroffener rechter Gewalt

Vor 25 Jahren wurde die Opferperspektive in einer Zeit massiver rechter Gewalt als ehrenamtliche Initiative mit dem Ziel gegründet, die Opfer dieser Gewalt zu unterstützen und ihre Stimmen hörbar zu machen. Kurz darauf manifestierte sich der Terror der sogenannten „Baseballschlägerjahre“ erneut in seiner extremsten Form. In der Nacht vom 12. zum 13. Februar 1999 hetzten Neonazis Asylsuchende aus Algerien durch Guben. Der 28-jährige Farid Guendoul versuchte in Todesangst die Glastür eines Wohnhauses einzutreten und verletzte sich dabei tödlich an den Scherben. Die Beobachtung des Prozesses gegen die Täter und das Aufmerksammachen auf die alltägliche Lebensgefahr, der Migrant:innen in Guben und andernorts ausgesetzt sind, gehörte zu den ersten Aktivitäten der Opferperspektive.

Gedenken an Farid Guendoul in Guben 2014
© Opferperspektive

Was wie ein Rückblick auf ein historisches Ereignis klingt, ist auch heute noch ein Gegenstand der Beratungstätigkeit der Opferperspektive. Bis heute unterstützen ihre Mitarbeiter:innen Angehörige der in den 1990er und frühen 2000er Jahren von Neonazis ermordeten Menschen dabei, Informationen über die Tat zu erhalten, die Folgen zu verarbeiten oder finanzielle Entschädigungsansprüche geltend zu machen.

Der Tod Farid Guendouls erfuhr bundesweite Aufmerksamkeit. Auch die Landesregierung Brandenburg positionierte sich und verurteilte den Mord als rechts-motivierte Tat. Dies markierte eine entscheidende Entwicklung im politischen Klima Brandenburgs. Zuvor war es üblich gewesen, dass die Taten verschwiegen oder den Angegriffenen eine Mitschuld unterstellt wurde.

Die Gründung der Opferperspektive 1998 und ihre Entwicklung zu einer professionellen Beratungsstelle im Jahr 2000 sind Teil dieser Veränderung.In den späten 1990er Jahren erkannte die Brandenburger Landesregierung, vorangetrieben durch Personen wie den damaligen Generalstaatsanwalt Erardo Rautenberg und die Ausländerbeauftragte Almuth Berger, dass rechte Gewalt nicht nur ein polizeiliches oder juristisches, sondern ein massives gesellschaftliches Problem ist. Um dieses in den Griff zu bekommen, ist die staatliche Unterstützung demokratischer Strukturen notwendig, die sich der extremen Rechten entgegenstellen. Gleichzeitig kamen antifaschistische und antirassistische Aktivist:innen zu dem Schluss, dass es breiter gesellschaftlicher Bündnisse bedarf, die ein Gegengewicht zu der rechten Hegemonie in den Kommunen schaffen. Diese Bündnisse, häufig bestehend aus linken und christlichen Akteuren, entstanden in der Folgezeit. Für sie etablierte sich in Anlehnung an den italienischen Philosophen Antonio Gramsci der Begriff „Zivilgesellschaft“.

Die enge und teilweise konflikthafte Zusammenarbeit zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, die in den folgenden Jahren entstand, prägte den „Brandenburger Weg“ im Kampf gegen Rechtsextremismus. Die Opferperspektive ist ein wichtiger Bestandteil dieses Konzeptes, als Beratungsstelle mit politischem Anspruch, aktiv an der Schnittstelle zwischen Staat und Zivilgesellschaft. Dieser Handlungsort ist jedoch nicht frei von Widersprüchen.

Einerseits maßgeblich aus öffentlichen Mitteln finanziert, andererseits klar auf Seiten der Betroffenen rechter Gewalt positioniert, was Kritik an und Konflikte mit z.B. der Lokal- und Landespolitik, der Polizei und Justiz immer wieder erforderlich macht. Denn die Durchsetzung der Rechte der Betroffenen, die Benennung rechter Tathintergründe und das Einfordern öffentlicher Solidarität stoßen im Einzelfall häufig auf Widerspruch.

Die Brandenburger Zivilgesellschaft war und ist ein wichtiger Bezugspunkt in diesen Auseinandersetzungen und in der alltäglichen Beratungsarbeit. Oft sind es Aktive, die von Gewaltfällen erfahren und den Betroffenen den Kontakt zur Beratungsstelle vermitteln. Sie unterstützen Angegriffene vor Ort durch Zeichen der Solidarität, indem sie etwa zu Gerichtsprozessen kommen, damit sich im Publikum nicht nur Sympathisant:innen der Täter tummeln. Vor allem stellten sie sich von Anfang an den rechten Aufmärschen entgegen, mit denen NPD und Kameradschaften in den frühen 2000er Jahren ihren Anspruch auf Hegemonie im öffentlichen Raum verteidigen wollten und sie forderten von Kommunal- und Landespolitik eine klare Positionierung gegen die extreme Rechte ein.

In dem 2007 erschienenen Heft »Gegen den Strom« stellt die Opferperspektive Projekte vor, in denen sich Brandenburger Jugendliche und junge Erwachsene für eine demokratische, alternative Kultur und gegen rechts engagieren. Als PDF verfügbar unter: www.opferperspektive.de/aktuelles/gegen-den-strom
© Opferperspektive

Gedenken an Kajrat Batesov und andere Todesopfer rechter Gewalt 2014 in Wittstock © Opferperspektive

Im Zusammenwirken mit dieser Zivilgesellschaft gelangen in den ersten 15 Jahren des neuen Jahrhunderts durchaus viele kleine und große politische Erfolge, die über den jeweils einzelnen Beratungsfall hinauswiesen. Die Abschiebung eines Opfers rassistischer Gewalt konnte verhindert werden, von Rechten bedrohte alternative Jugendliche in einer Kleinstadt erhielten einen eigenen Treffpunkt, der Umgang von Polizei und Justiz mit den Betroffenen rechter Angriffe verbesserte sich und die Gewaltbereitschaft von NPD-Kadern wurde öffentlich diskutiert. Der wichtigste Erfolg: Die Zahl rechter Gewalttaten sank bis 2013 auf ein nach 1990 in Brandenburg nicht gekanntes Maß. Schließlich ließ die Landesregierung ab 2013 die Tötungsdelikte nach 1990 mit vermutlich rechtem Tatmotiv durch Wissenschaftler:innen des Moses Mendelssohn Zentrums (MMZ) der Universität Potsdam überprüfen. Nach Jahren politischer, publizistischer und wissenschaftlicher Kritik an Ermittlungsbehörden und Justiz, die rechte Gewaltdelikte häufig nicht als solche anerkannten und würdigten, erkannte die Landesregierung 2015 zusätzlich zu den bisher neun als rechte Tötungsdelikte erfasste Taten neun weitere als solche an.

In anderer Hinsicht markierte das Jahr 2015 hingegen einen wichtigen Einschnitt in der Geschichte der Opferperspektive. Infolge der Kriege und Bürgerkriege in Syrien, Libyen und Afghanistan sowie der Wirtschaftskrise in Südeuropa stieg die Anzahl der Menschen, die nach Deutschland flohen, stark an. Auch Brandenburg nahm mehr Menschen auf, als in den Jahren zuvor. Viele Brandenburger:innen engagierten sich in Willkommensinitiativen für die Neuankömmlinge. Gleichzeitig entstand jedoch eine rassistische Massenbewegung gegen die Aufnahme der Geflüchteten. Es kam zu Brandanschlägen auf Unterkünfte und andere Begegnungsstätten, schließlich zu Angriffen auf individuelle Geflüchtete. Von 2015 bis 2018 registrierte die Opferperspektive mehr als jeden zweiten Tag ein rechtes, meist rassistisch motiviertes Gewaltdelikt.

Diese rassistische Bewegung fand bald in der AfD eine parlamentarische Vertretung, deren Wahlerfolge die Ergebnisse der klassischen Neonaziparteien NPD und DVU weit hinter sich ließen. Menschen, die sich vor Ort für Geflüchtete engagierten, berichteten infolgedessen von zunehmenden Bedrohungen und Anfeindungen sowie von fehlender Unterstützung aus der Politik. In Südbrandenburg, wo die rassistische Bewegung eine Hochburg hat, findet bis heute faktisch keine adäquate Strafverfolgung rechter Gewalt statt. Mit dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie im Jahr 2020 bildete sich ein neues politisches Milieu in Brandenburg, das mit verschwörungstheoretisch motivierter Kritik an den Infektionsschutzmaßnahmen auf die Straße ging. Auch aus diesem Milieu kommt es zu Gewalttaten, darunter der verschwörungstheoretisch, rassistisch und antisemitisch motivierte Mord eines Mitglieds dieser Szene an seiner Frau und den drei Töchtern im Dezember 2021 in Senzig, der von der Zentralstelle für Hasskriminalität bei der Generalstaatsanwaltschaft Brandenburg als Femizid eingeordnet wird. Eine Reaktion der Landesregierung auf die Morde von Senzig blieb aus.

Die Jahre nach 2015, in denen ehrenamtliche Aktive in der Geflüchtetenbetreuung viele eigentlich staatliche Aufgaben übernahmen und schließlich die COVID-19-Pandemie ab 2020 ließen viele zivilgesellschaftliche Gruppen erschöpft zurück. Nicht wenige zerfielen oder lösten sich auf. Die gesellschaftliche Verankerung rechter Diskurse und der fehlende Rückhalt durch demokratische Parteien und staatliche Institutionen überforderte die verbleibenden Aktivist:innen. Gleichzeitig droht aufgrund wirtschaftlicher Krisen immer wieder die Kürzung von Mitteln für die Arbeit demokratischer Initiativen und Beratungsstellen.

Was sich vor zehn Jahren nur wenige vorstellen konnten – die Erfolge bei der Etablierung demokratischer Verhältnisse in Brandenburg stehen heute wieder zur Disposition. Nach derzeitigen Umfragen könnte die AfD bei den anstehenden Landtagswahlen im kommenden Jahr zur stärksten Partei werden. Wie sich die Situation weiterentwickelt, wird davon abhängen, inwiefern es Zivilgesellschaft und Staat gelingt, angemessen auf die genannten Probleme zu reagieren. Derzeit verstärkt sich der besorgniserregende Trend, dass einige Politiker:innen demokratischer Parteien im Wettbewerb um Wähler:innenstimmen rechte Positionen aufnehmen, etwa die Forderung, die Lebensbedingungen von Asylsuchenden massiv zu verschlechtern. Eine Strategie, durch die sich nachweislich keine Stimmen gewinnen lassen, sondern der gesellschaftliche Diskurs weiter nach rechts verschoben wird und rechte Positionen eine Aufwertung erfahren.

20 JAHRE MONITORING RECHTER GEWALTTATEN IN BRANDENBURG

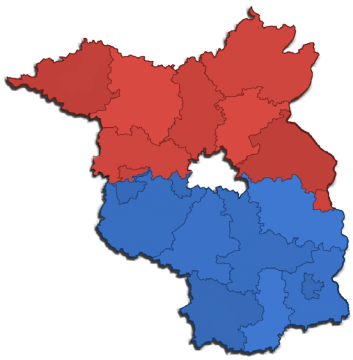
Nicht nur der Verein Opferperspektive feiert im Jahr 2023 Jubiläum – auch das Monitoring der Gewaltopferberatung, über das jährlich die Zahlen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt systematisch erfasst werden, besteht nun seit 20 Jahren.

Im Jahr 2002 begannen die Mitarbeiter:innen der Opferperspektive, ihnen bekannt gewordene rechte Angriffe in einer Online-Chronik zu veröffentlichen. Dabei stand, mehr noch als heute, das zeitnahe Veröffentlichen der Vorfälle im Vordergrund. Die Chronologie wurde schnell zu einer wichtigen Informationsquelle für die Presse und die Zivilgesellschaft. Öffentlichkeit zu schaffen für die Perspektiven der Betroffenen sowie das Ausmaß rechter Gewalt sichtbar zu machen, war von Anfang an untrennbar mit dem Konzept der Opferperspektive verbunden.

Die Beratungsstelle etablierte sich hierdurch als vertrauenswürdige und gut informierte Quelle im Themenfeld rechter Gewalt, was sowohl der Beratungsarbeit als auch dem politischen Standing des Vereins zu Gute kam. Anfänglich mussten sich die Berater:innen Zugänge zu Informationen erst erschließen. Sie erhielten ihre Informationen über neue rechte Übergriffe hauptsächlich aus aktivistischen und zivilgesellschaftlichen Netzwerken sowie einer zu dieser Zeit besser aufgestellten lokalen und überregionalen Presse. Informationen von der Polizei gab es kaum.

Hinter der Erfassung rechter Gewalttaten und der Veröffentlichung einer seriösen Jahresstatistik steckt eine umfangreiche Arbeitsleistung. Sie ist das Aggregat einer akribischen Auswertung von hunderten Vorfällen mit rechten Bezügen, Ausdruck eines Ringens um Deutungen mit staatlichen Behörden, Abbild von Zugängen der Beratungsstelle zu betroffenen Communities und Gruppen, und der vorhandenen Ressourcen der Berater:innen für die proaktive Recherche. Die Frage, was genau sich aus den Angriffszahlen der Jahresstatistik ablesen lässt, und wo die Grenzen ihrer Aussagekraft liegen, begleitet die Beratungsstelle bis heute.

Die Veröffentlichung der ersten Jahresstatistik für das Jahr 2002 fiel in eine Zeit, in der staatlichen Stellen die Deutungshoheit darüber, was als rechte Gewalt zu gelten hat, entglitten war. Wenige Jahre zuvor hatten Heike Kleffner und Frank Jansen gemeinsam mit weiteren Journalist:innen eine Recherche zu Todesopfern rechter Gewalt seit 1990 veröffentlicht, die die Untererfassung rechter Übergriffe durch Polizei und staatliche Stellen selbst in extremsten Fällen aufdeckte. Die Opferperspektive thematisierte die rechten Tötungsdelikte an Kajrat Batesov und Marinus Schöberl, die beide im Jahr 2002 stattfanden.

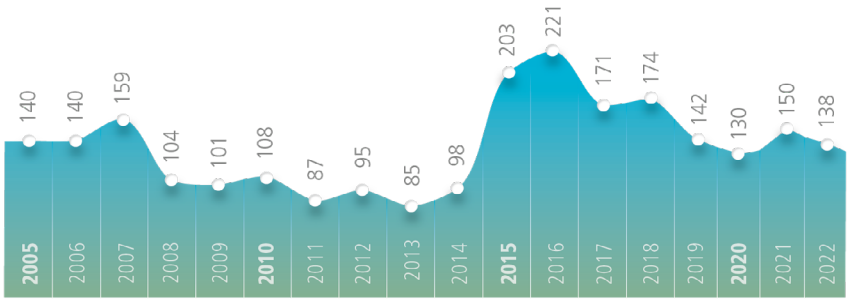


Nördliche und südliche Landkreise im Land Brandenburg © Opferperspektive

Die Veröffentlichung der Statistik wurde auch zur politischen Intervention genutzt, um scharfe Kritik am damaligen Innenminister Jörg Schönbohm zu üben, der rechte Gewalttaten verharmlost hatte. Aus der ersten Presseerklärung zur Jahresstatistik lässt sich ein bis heute unverändertes Ziel des Monitorings ablesen: der staatlichen Untererfassung rechter Gewalttaten ein realilitätsnäheres zivilgesellschaftliches Monitoring entgegenzusetzen und damit den Diskurs mitzubestimmen, anstatt nur darauf beschränkt zu sein, staatliche Statistiken zu kommentieren.

In einem Qualitätszirkel der unabhängigen Beratungsstellen der ostdeutschen Bundesländer, inklusive Berlin, wurden die Erfassungskriterien für rechte Gewalttaten gemeinsam erarbeitet. Bereits im Folgejahr 2004 wurde die erste gemeinsame Statistik veröffentlicht. Das Erarbeiten von Definitionen und die Positionierung im Vergleich zu staatlichen Stellen fand also nicht nur intern unter den Mitarbeiter:innen der Opferperspektive statt, sondern war von Anfang an ein kollaborativer Prozess aller unabhängigen Beratungsstellen. Dies förderte den Austausch zwischen den Projekten, verlangte aber auch viel Engagement und Offenheit. Dieser Prozess dauert bis heute an. Auch im Jahr 2023 treffen sich Berater:innen nahezu aller Projekte im mittlerweile bestehenden bundesweiten Dachverband der Beratungsstellen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG) regelmäßig in der AG Monitoring. Insofern sind die Jahresstatistiken der Opferperspektive, aber auch des Dachverbandes, in ihrer heutigen Form das Resultat eines nun schon 20 Jahre andauernden Prozesses der gemeinsamen Diskussion und Weiterentwicklung über Projektgrenzen hinweg.

Einhergehend mit der Professionalisierung der Arbeit der Opferperspektive gab es auch Neuerungen bei der Erfassung rechter Gewalttaten. Ab 2006 wurde eine eigens für die Beratungsstellen entwickelte Datenbank eingeführt, in der die Monitoring-Fälle in einem einheitlichen



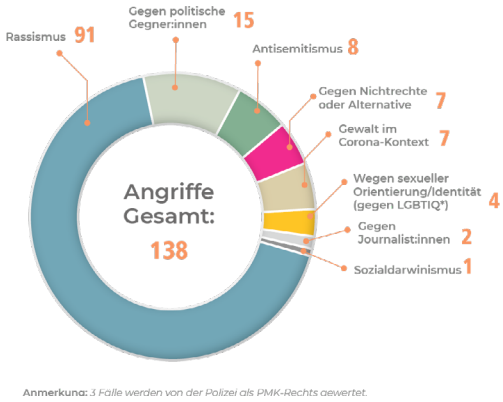
Verlauf rechter Gewalttaten in Brandenburg 2005-2022 © Peer Neumann / Opferperspektive

System erfasst werden konnten. An ihre Stelle trat 2015 eine neue, vollständig überarbeitete Datenbank, die mittlerweile von fast allen Beratungsstellen des VBRG genutzt wird. Das Erfassungssystem und die Kriterien werden seitdem kontinuierlich überarbeitet, Tatmotive ausdifferenziert und Fallkomplexe diskutiert, um eine möglichst einheitliche Statistik über Landesgrenzen hinweg zu gewährleisten. Hier drückt sich auf technischer Ebene aus, was schon bei der Beratungsarbeit gegenwärtig ist: Rechte Ideologie und Gewalt sind Phänomene, die gesellschaftlichen Veränderungen unterworfen sind und eine ständige Weiterentwicklung des Monitorings erfordern.

Die Veröffentlichung von Jahresstatistiken trug unmittelbar dazu bei, die Opferperspektive nicht nur als Beratungsstelle, sondern auch und insbesondere als politische Akteurin zu etablieren. Dies drückte sich nicht nur durch ein zunehmendes Medieninteresse an den „Zahlen“ der Opferperspektive aus, sondern auch in erfolgreich erkämpften Zugängen. Die Tatsache, dass die Opferperspektive in einer Studie zur Neubewertung möglicher Todesopfer rechter Gewalt in Brandenburg seit 1990 einbezogen wurde, die im Auftrag des Landes und durch das MMZ durchgeführt wurde, zeigt, dass die Opferperspektive nun offiziell als Expertin anerkannt ist, wenn es um die Beurteilung und Erfassung von rechten Gewalttaten geht.

Seit 2015 flankiert ein Hintergrundpapier, das tiefer gehende Analysen enthält, die Veröffentlichung der Jahresstatistik. Dies auch, um weiterhin dem Anspruch gerecht zu werden, öffentlich nicht nur mit Zahlen zu hantieren, sondern auch ein Bewusstsein für die Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Brandenburg zu schaffen und sichtbar zu machen, mit welchen Tatfolgen und Problemen sie zu kämpfen haben. Darüber hinaus ermöglicht es, spezifische Herausforderungen in bestimmten Regionen und Städten genauer zu benennen und lokale Maßnahmen zu fordern. Das Monitoring und die fortwährende Veröffentlichung von Chronologie-Einträgen soll nicht nur ein bloßes „Sammeln“ von Daten sein. Inzwischen werden die Einträge in enger Abstimmung mit den Betroffenen verfasst, um ihnen möglichst viel Kontrolle darüber zu geben, was öffentlich über ihren Fall bekannt wird. Zudem soll das Monitoring lokal Aktiven und Initiativen vor Ort als Ressource dienen, sei es als Ausgangspunkt für eigene Recherchen oder als Argumentationshilfe, um vor Ort rechte Gewalt zu thematisieren und Veränderungen anzustoßen. Ob dies tatsächlich auch heute noch so gelingt, ist eine offene Frage. Schließlich existieren viele der Initiativen und Gruppen, mit denen die Opferperspektive vor allem in ihrer Anfangsphase eng und partnerschaftlich verbunden war, heute nicht mehr.

Das Monitoring wirft bis heute zentrale Fragen für die Arbeit der Beratungsstelle auf. Denn was rechte Gewalt darstellt, ist auf vielen Ebenen umstritten und umkämpft. Inwieweit ist etwa „islamistische Gewalt“ als rechte Gewalt zu verstehen, insbesondere angesichts von Tötungsdelikten an LGBTIQ*-Personen in Sachsen und Nordrhein-Westfalen in jüngster Zeit, die aus dieser Motivation heraus begangen wurden? Wie positioniert man sich zu Gewalt gegen Klima-Aktivist:innen? Und wie kann der Umgang mit einer wachsenden Projektlandschaft, in der weitere spezialisierte Monitoringstrukturen geschaffen werden, aussehen? Diese Debatten werden zusätzlich durch die Verknüpfung mit der Beratungsarbeit, die weiterhin das Herzstück der Arbeit der Opferperspektive bildet, verkompliziert: Bedeutet eine Erfassung von bestimmten Fällen in der Statistik auch eine Zuständigkeit in der Beratung? So sind politische und theoretische Debatten des Monitorings immer auch eng mit der beraterischen Praxis verzahnt.



Rechte Gewalttaten in Brandenburg nach Tatmotivation 2022
© Peer Neumann / Opferperspektive

Zusätzlich zu diesen Fragen sind gesellschaftliche Entwicklungen, insbesondere der erkennbare Rechtsruck und die Stärkung der rechtsextremen AfD, eine große Herausforderung. Angriffe der AfD und rechter Medien auf die Glaubwürdigkeit des Monitorings und die Validität der Bewertungen der Opferperspektive nehmen zu und werden auch in Zukunft weiter zunehmen. Klassische Diskurse, wie die „Täter-Opfer-Umkehr“, erhalten dadurch einen breiteren Resonanzraum, wie wir es bereits in diesem Jahr nach rassistischen Übergriffen in Lieberose und Heidesee im Landkreis Dahme-Spreewald beobachten konnten.

BAD FREIENWALDE

An einem Mittag im September 2023 verlässt ein 42-jähriger Mann das Rathaus in Bad Freienwalde (Märkisch-Oderland) nach einem Termin und wartet an der nahegelegenen Bushaltestelle auf den nächsten Bus. Dort nähert sich ihm ein offensichtlich betrunkener Mann in einem T-Shirt mit rechtem Motiv, der ihn rassistisch beleidigt und gleichzeitig mit beiden Händen ins Gesicht fasst.

Der Betroffene schafft es, sich aus der Situation zu lösen und wechselt die Straßenseite. Doch der aufdringliche Mann folgt ihm beharrlich, pöbelt weiter und stellt sich wiederholt in Kampfpose vor ihn. Kurzzeitig scheint die Situation entschärft, als der Angreifer in ein nahegelegenes Geschäft geht. Allerdings wird er des Ladens verwiesen und kommt anschließend wieder auf den 42-Jährigen zu, beleidigt ihn erneut, tritt auf ihn ein und schlägt ihm mit der Faust ins Gesicht.

Ein älterer Mann beobachtet den Angriff und greift ein, indem er dazwischen geht, dem Betroffenen seine Hilfe anbietet und versucht, die Polizei zu alarmieren.

PRENZLAU

Im Juni 2023 verbreitet sich auf Social-Media-Plattformen ein verstörendes Video, das kurz zuvor in Prenzlau (Uckermark) aufgenommen wurde. In dem Video ist zu sehen, wie mehrere Jugendliche bei Nacht einen wohnungslosen Mann angreifen. Sie schlagen dem Betroffenen abwechselnd ins Gesicht und feuern sich gegenseitig dabei an. Immer wieder nimmt der Betroffene seine Hände schützend vor sein Gesicht, doch die Täter nötigen ihn, seine Hände herunterzunehmen und schlagen ihn erneut.

Wohnsiedlung in Prenzlau © Opferperspektive

SPREMBERG

Unbekannte verüben am 24. Juni 2023 einen Molotow-Angriff auf die Michaelkirche in Spremberg (Spree-Neiße). Sie versuchen, eine am Gebäude befestigte Regenbogenfahne in Brand zu setzen. Glücklicherweise verfehlen sie das Ziel, aber es entstehen Sachschäden am Gebäude. Im Pfarrhaus, das direkt mit der Kirche verbunden ist, schlafen zum Zeitpunkt des Anschlags vier Personen. Eine auf das Pfarrhaus übergreifende Brandentwicklung hätte diese Menschen in erhebliche Gefahr gebracht.

Die Pfarrer:innen und Mitglieder der Kirchengemeinde engagieren sich vielfältig und in unterschiedlichen Netzwerken für eine freie und offene Gesellschaft. Am Abend des Anschlags hatte eine Filmveranstaltung gemeinsam mit dem CSD Cottbus e.V. stattgefunden, bei der der Dokumentarfilm „Nelly und Nadine“ gezeigt wurde. Der Film thematisiert die lesbische Liebe zweier Frauen im KZ Ravensbrück. Auch sonst bietet die Gemeinde einen wichtigen Schutzraum und Ort des Zusammenkommens für Engagierte – sei es in der Arbeit gegen Rassismus und die extreme Rechte der Region oder für ein solidarisches und vielfältiges Miteinander.

WITTSTOCK

An einem Abend Anfang Juni 2023 reißt ein Mann in Wittstock (Ostprignitz-Ruppin) einen 22-jährigen Mann aus Guinea gewaltsam von seinem Fahrrad und attackiert ihn mit einem Messer. Drei weitere Männer sind an der Tat beteiligt und treten den am Boden liegenden Mann. Der Betroffene versucht sich zu wehren, wird jedoch durch die Messerstiche und Tritte an mehreren Stellen verletzt. Die Männer setzen ihre rassistischen Beschimpfungen fort und rauben schließlich seinen Rucksack mit all seinen Wertsachen.

Dieser Vorfall markiert den bisherigen Höhepunkt einer anhaltenden Bedrohungssituation, in der sich der junge Mann seit Monaten mit derselben Tätergruppe konfrontiert sieht. Zuvor fand er mehrmals Müll und Fäkalien auf seinem im Erdgeschoss gelegenen Balkon vor, entdeckte Einbruchsspuren an seiner Wohnungstür und bemerkte, dass sein Briefkasten beschädigt und Post gestohlen wurde. Sowohl vor als auch nach dem gewaltsamen Angriff wurde er wiederholt bedroht und massiv rassistisch beleidigt. Seitdem traut er sich nicht mehr zu Fuß nach draußen und bewegt sich ausschließlich mit seinem Fahrrad fort. Außerdem meidet er es, abends das Haus zu verlassen.

Wohnsiedlung in Wittstock © Opferperspektive

AN DER SEITE DER BETROFFENEN UND PARTNERIN DER WISSENSCHAFT

Eine Perspektive aus der Rechtsextremismusforschung auf die Gewaltopferberatung der Opferperspektive

Apl. Prof. Dr. Gideon Botsch ist Leiter der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle (EJGF) Antisemitismus und Rechtsextremismus am Moses Mendelssohn Zentrum (MMZ) der Universität Potsdam.

Dr. Christoph Schulze ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am MMZ. Beide forschen seit vielen Jahren zur Entwicklung des Rechtsextremismus in Brandenburg.

Auf dem Papier betrachtet ist leicht einsehen, weshalb die Beratungsarbeit der Opferperspektive dringend geboten und unverzichtbar ist. Schließlich prägt der Rechtsextremismus und mit ihm rechte, rassistische und antisemitische Gewalt die gesellschaftliche Realität in unserem Bundesland mit. Das Leben von vielen Menschen in Brandenburg wurde und wird dadurch beeinträchtigt – wenn nicht gar genommen! – und die Gewalt wirkt auf das gesellschaftliche Klima im Land in der denkbar negativsten Art ein. Die Taten treffen meist Angehörige von vulnerablen und marginalisierten Bevölkerungsteilen. Also: Solidarität mit den Betroffenen! Und dafür braucht es eine parteiliche, unbürokratische, schnelle praktische Unterstützung – wenn angebracht leise im Hintergrund, wenn nötig laut in der Öffentlichkeit!

Der Opferperspektive kommt nicht nur das Verdienst zu, die Idee zu dieser spezialisierten Beratungsarbeit entworfen und erprobt zu haben. Sie hat darüber hinaus dieses Konzept über sage und schreibe 25 Jahre hinweg in der ganzen Fläche des Landes Brandenburg zur Anwendung gebracht. Am Anfang der zuerst ehrenamtlichen Arbeit stand der antifaschistische Impuls im Vordergrund, der grassierenden Gewalt und dem verbreiteten Wegsehen der Gesellschaft entgegenzutreten. Die Leidenschaft der Anfangsjahre hat die Opferperspektive sich bewahrt. Sie ist aber beim Idealismus nicht stehen geblieben, sondern hat dafür gesorgt, dass sich entsprechende Beratungsangebote bundesweit verbreiteten und sich über die Jahre immer wieder selbst reflektieren, kritisieren und professionalisieren konnten.

Am Moses Mendelssohn Zentrum (MMZ) bearbeitet seit 2016 die Emil Julius Gumbel Forschungsstelle wissenschaftliche Fragestellungen zu den Feldern Antisemitismus und Rechtsextremismus. Aus der Finanzierung durch das Land leiten wir den Anspruch ab, dabei die Entwicklungen in Brandenburg besonders aufmerksam im Auge zu behalten. Schon vor 2016 wurde mit Blick auf das Bundesland am MMZ zum hiesigen Antisemitismus und Rechtsextremismus geforscht. Aus dieser wissenschaftlichen Praxis heraus können wir bezeugen, wie weit die Bedeutung der Opferperspektive über die für sich schon fulminant wichtige Unterstützung der Betroffenen hinausreicht.

Bei der Forschungsarbeit im Land ist die Opferperspektive für uns eine wichtige Partnerin. Unlängst haben wir einen wissenschaftlichen Sammelband zu Geschichte und Gegenwart der rechten Gewalt im Bundesland veröffentlicht, in den die Expertise und Daten aus der Opferperspektive auf vielfältige Weise einflossen. Von ihrem Monitoring der rechten Gewalt und ihrer dokumentarischen Arbeit im Rahmen ihrer Chronologie von rechtsmotivierten Übergriffen können wir als Forschungseinrichtung direkt profitieren und sie mit anderen Datenquellen aus Zivilgesellschaft, Presse oder von der Polizei in Beziehung setzen.
Ein weiterer Effekt der Arbeit der Opferperspektive verdient es, hier hervorgehoben zu werden. Die aufsuchende Beratungsarbeit bringt es mit sich, dass die Mitarbeiter:innen der Opferperspektive permanent im Bundesland unterwegs sind, Netzwerke aufbauen, erhalten und erneuern und sich dabei einen ungeheuren Wissensschatz über lokale Ereignisse, Stimmungen und Entwicklungen im Themenfeld aneignen, der fortlaufend aktualisiert wird.

Dieses Wissen fließt in die kritische Betrachtung des Brandenburger Rechtsextremismus ein und steigert das öffentlich zugängliche Wissen quantitativ und qualitativ. Ihre Netzwerke und Wissenssammlungen pflegt die Opferperspektive vorrangig zur Wahrung der Interessen ihrer Klient:innen, doch es profitiert die ganze Gesellschaft. Über manche beunruhigende Entwicklung im Land wäre ohne diese Arbeit viel weniger bekannt – dies reicht vom Tun militanter Neonaziorganisationen über queerfeindliche Stimmungen bis hin zu überlangsamer Arbeit in der Justiz.

Die Opferperspektive ist somit ein wahrlicher Wachhund für die Demokratie in Brandenburg, ein Frühwarnsystem zur Wahrnehmung demokratiegefährdender Phänomene. Dass die Opferperspektive auf von ihr wahrgenommene Probleme manchmal unpässlich, lautstark und unbequem hinweisen muss, gehört zu ihren Aufgaben. Wir wünschen für die Arbeit in den kommenden Jahren das Beste. Es ist erahnbar, dass schwere Jahre für die demokratische Zivilgesellschaft anstehen. Wir setzen darauf, in unserer Forschungsarbeit weiter auf die Impulse und Informationen aus der Opferperspektive bauen zu können.

Christoph Schulze, Gideon Botsch

25 JAHRE BESTEHEN – EIN GRUND ZUM FEIERN

Alfred Roos, Leiter der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg", überreicht Judith Porath, Geschäftsführerin der Opferperspektive, einen Blumenstrauß © Presseservice Rathenow / Opferperspektive

Musikperformance von Bookwood and Friend © Presseservice Rathenow / Opferperspektive

Am 22. September 2023 versammelten sich Menschen aus verschiedenen Teilen der Gesellschaft in Potsdam, um das 25-jährige Bestehen der Opferperspektive zu feiern. Die Veranstaltung, die vielfältige Einblicke in die Arbeit des Vereins bot, wurde durch Grußworte von Dr. Werner Treß, stellvertretender Direktor des MMZ, Ministerin Ursula Nonnemacher sowie von Elizabeth Ngari und Janet Otieno von Women in Exile eröffnet.

Eine Gesprächsrunde brachte Max Teske und Eric Mbiakeu mit Anne Brügmann, einer Beraterin der Opferperspektive, zusammen. Sie diskutierten die aktuellen Herausforderungen im ländlichen Raum, insbesondere in Bezug auf rechte Dominanz und deren Auswirkungen. Max Teske, ehemalige Lehrkraft aus Burg (Spreewald), teilte seine Erfahrungen von Anfeindung nach der Veröffentlichung des Brandbriefs gegen Rassismus und rechte Gewalt an seiner Schule. Eric Mbiakeu, Mitbegründer des Vereins Open Dreams in Brandenburg (Havel), betonte die Bedeutung solidarischer Community-Projekte in der Region und machte sich für einen physischen Treffpunkt in der Havelstadt stark.

Künstlerische Beiträge, darunter Musik von Bookwood and Friend, Poetry Slams von Tanya Raab und die Gedenkinitiative Emil Wendland, bereicherten das Programm. Tanya Raab's Spoken Word reflektierte eindrücklich die aktuellen Anliegen von Jüd:innen in Brandenburg, u. a. dass Diskussionen über jüdisches Leben zu häufig auf den Holocaust reduziert werden, während die gegenwärtigen Herausforderungen und Ängste jüdischer Menschen vernachlässigt werden. Anuscha Zbikowski von der Gedenkinitiative Emil Wendland präsentierte einen bewegenden Redebeitrag, der die Erinnerung an die Todesopfer rechter Gewalt in Brandenburg aufleben ließ.

Christian Bangel las aus seinem Buch „Oder Florida", das humorvoll-nostalgisch die Ambitionen eines jungen Mannes aus Frankfurt (Oder) und die Realität einer von Nazis geprägten Stadt beleuchtet. Eine Talkrunde zwischen Nadja Abdelhamid, Vorständin der Opferperspektive, und Hassaan Alhassan vom Geflüchtetennetzwerk Cottbus thematisierte die Notwendigkeit von Antidiskriminierungsberatung. Ein weiterer Minitalk mit Heike Kleffner und Judith Porath vertiefte die Diskussion über professionelle Beratungsangebote und die dringend notwendige Debatte über ein AfD-Verbot.

Die Jubiläumsfeier endete mit der Vorstellung des neu erschienenen Buchs „Rechte Gewalt: Aktuelle Analysen und zeithistorische Perspektiven auf das Land Brandenburg", durch Prof. Dr. Gideon Botsch. Die Veranstaltung war geprägt von Würdigung der Arbeit des Vereins und einem Ausblick auf zukünftige Herausforderungen im Kampf gegen rechte Gewalt und Diskriminierung in Brandenburg. Unser Dank geht an alle Beteiligten, Unterstützer:innen, Kooperationspartner:innen, ehemalige und aktuelle Kolleg:innen, mit deren tatkräftiger Unterstützung wir unseren Beitrag zur Bekämpfung von Rassismus, Antisemitismus und rechter Gewalt in all ihren Erscheinungsformen leisten konnten und können. Ihr seid unverzichtbar für unsere Arbeit!

Dies ist eine gekürzte Fassung. Für den gesamten Nachbericht besuchen Sie www.opferperspektive.de/25jahre

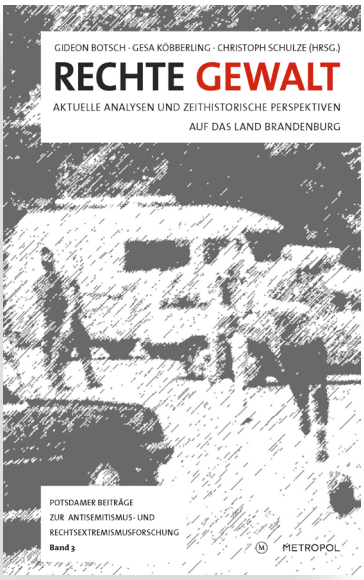
„RECHTE GEWALT: AKTUELLE ANALYSEN UND ZEITHISTORISCHE PERSPEKTIVEN AUF DAS LAND BRANDENBURG“

Der 3. Band aus der Reihe „Potsdamer Beiträge zur Antisemitismus- und Rechtsextremismusforschung“ untersucht Phasen und Erscheinungsformen rechter Gewalt am Beispiel des Landes Brandenburg, darunter die Skinheadattacken in der Spätphase der DDR, Angriffe gegen KZ-Gedenkstätten sowie jüngere Entwicklungen antisemitischer und rassistischer Exzesse. Ebenso steht die zivilgesellschaftliche Gegenwehr sowie die Perspektive der Betroffenen im Zentrum der Analysen.

In dem Sammelband finden sich auch mehrere Beiträge, in denen die Arbeit der Opferperspektive beleuchtet wird. Hannes Püschel, ein Berater der Opferperspektive, zeichnet in seinem Beitrag **„Gegen Flüchtlinge und ihre Helfer:innen: Rechte Gewalt 2014 bis 2019“** die Jahre des massiven Anstiegs rechter Gewalt im Kontext der rassistischen Mobilisierung gegen die Aufnahme von Geflüchteten nach. In ihrem Beitrag **„Das macht es noch schlimmer, dieses Nicht-Eingreifen“** führen unsere Kolleginnen Anne Brügmann und Lavinia Schwedersky ein Gespräch mit einer Betroffenen rassistischer Gewalt darüber, wie sie den Angriff und die Zeit danach erlebt hat, was die größten Herausforderungen waren und was sie in dieser Zeit gestärkt hat.

Der Beitrag **„Ein Riss, der bleibt: Das Trauma der Hinterbliebenen von Todesopfern rechter Gewalt – zwei Fallbeispiele“** von Judith Porath beleuchtet exemplarisch die Schicksale von Timo Kählke und Ingo Ludwig, die vor 30 Jahren Opfer rechter Gewalt in Brandenburg wurden. Die beiden Fallbeispiele zeigen auf eindringliche Weise, wie Hinterbliebene in den sogenannten „Baseballschlägerjahren“ nach den Taten von der Gesellschaft und den Behörden alleingelassen wurden und welche Auswirkungen das auf die Familien hatte.

Die Angehörigen von Timo, Ingo und anderen Opfern rechter Gewalt wünschen sich öffentliche Erinnerungsorte, um an die Getöteten und die begangenen Verbrechen zu erinnern. Sie betonen die Notwendigkeit, rechte Gewalt als aktuelles gesellschaftliches Problem anzuerkennen und zu bekämpfen. Der Beitrag macht deutlich, dass Erinnerung und Gedenken unerlässlich sind, um rechter Gewalt in unserer Gesellschaft wirksam entgegenzutreten.



Gideon Botsch/Gesa Köbberling/Christoph Schulze (Hrsg.): „Rechte Gewalt: Aktuelle Analysen und zeithistorische Perspektiven auf das Land Brandenburg“, Metropol Verlag, 414 Seiten, 26,- €.

SPENDENKONTO

SOZIALBANK
KONTO: 381310 BLZ: 370205000003 IBAN: DE38 370 20500 0003 8131 00 BIC: BFSWDE33XXX
PAYPAL: info@opferperspektive.de

IMPRESSUM

OPFERPERSPEKTIVE E. V. – SOLIDARISCH GEGEN RASSISMUS, DISKRIMINIERUNG UND RECHTE GEWALT E.V.

Rudolf-Breitscheid-Straße 164 | 14482 Potsdam
Tel: +49 (0)331 8170000 Fax: +49 (0)331 8170001
info@opferperspektive.de ww.opferperspektive.de

Redaktion: Nevena Mitić

Solidarisch gegen Rassismus, Diskriminierung und rechte Gewalt e.V.
Opferperspektive

Gefördert aus Mitteln des
TOLERANTES BRANDENBURG

ANTIDISKRIMINIERUNG

adb antidiskriminierungsberatung brandenburg

Nachrichten aus der Antidiskriminierungsberatung Brandenburg | *Dezember 2023*

DIE BEDEUTUNG VON ANTIDISKRIMINIERUNGSBERATUNGSSTELLEN

Interview mit Nadja Abdelhamid über versteckte Barrieren und den Weg zu einer gerechteren Gesellschaft

Nadja Abdelhamid ist Diplom-Politologin und hat einen Master in Sozialmanagement. Sie hat die ADB 2009 mit aufgebaut und ist heute eine der Vorständinnen des Opferperspektive e.V.

Warum sind Antidiskriminierungsberatungsstellen wichtig?
Antidiskriminierungsberatungsstellen sind eine notwendige Antwort auf die weit verbreitete Diskriminierung, die in unserer Gesellschaft stattfindet. Sie sind das Ergebnis langjähriger politischer Kämpfe von Minderheiten um Sichtbarwerden und Anerkennung: Anerkennung, dass sie in dieser Gesellschaft nicht das gleiche Recht auf Unversehrtheit ihrer Würde genießen und dass sie privat, beruflich, durch Behörden, in der Schule und an vielen anderen Stellen in ihrer freien Entfaltung und ihren Rechten beschnitten werden. Antidiskriminierungsarbeit ist daher das gezielte Vorgehen gegen die Verleugnung von Diskriminierung in unserer Gesellschaft und der Versuch, sie sichtbar zu machen.

Ist es schwer, Diskriminierung in der Gesellschaft sichtbar zu machen?
Rassismus und Diskriminierung bleiben oft für diejenigen unsichtbar, die nicht direkt davon betroffen sind. Dies ist eine Barriere, die selbst Antidiskriminierungsstellen nicht einfach auflösen können. Aber diese Stellen spielen dennoch eine entscheidende Rolle, indem sie individuelle Fälle öffentlich machen, die wiederum Muster offenlegen. Sie tragen damit zur Aufdeckung von Situationen bei, in denen Diskriminierung geschieht. Nur wenn diese Situationen in der Gesellschaft beleuchtet werden, können Maßnahmen zum Schutz vor Diskriminierung ergriffen werden.

Wie stärken Beratungsstellen die Betroffenen und ihr Umfeld?
Der Weg in eine Antidiskriminierungsberatung kann sowohl das Ergebnis von Empowerment für Betroffene sein als auch der Anfang dieses Prozesses. Jeder Fall, in dem eine Antidiskriminierungsstelle aktiv wird, stärkt die betroffene Person und strahlt auf deren Umfeld aus. Dies führt dazu, dass die Betroffenen selbstbewusster werden und für ihre Rechte eintreten.

Was braucht eine Gesellschaft, um offener und gerechter zu werden?
Ein staatlich gefördertes bundesweites Netz von Antidiskriminierungsberatungsstellen ist entscheidend für eine Gesellschaft, die die Verwirklichung gleicher Rechte und Chancen ernst nimmt. Es ist ein wichtiger Schritt, um Diskriminierung in all ihren Formen zu bekämpfen und eine inklusive und gerechte Gesellschaft zu fördern.
Leider führt u. a. auch der große Erfolg der bundesweiten Antidiskriminierungsbewegung von BPoC (Black & People of Color) und anderen Betroffenengruppen, die heute selbstbewusster Gehör einfordern, dazu, dass Menschen mit rassistischen, antisemitischen und anderen diskriminierenden Ansichten ebenfalls stärker in Erscheinung treten. Rechte Strukturen nutzen geschickt die öffentliche Debatte und ihre rechten Schlagworte, wie „Genderwahn“, um Aufmerksamkeit zu erregen. Aber: Je mehr Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und weitere Diskriminierungsformen in unserer Gesellschaft sichtbar werden, desto mehr sind diese auch wichtige Weckrufe.

Wie können Antidiskriminierungsstellen dazu beitragen, rechten Strukturen in der Gesellschaft entgegenzuwirken?
Die Zunahme von rechten Strukturen in der Gesellschaft ist besorgniserregend. Antidiskriminierungsberatungsstellen tragen dazu bei, Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und andere Diskriminierungsformen sichtbar zu machen. Mehr Sichtbarkeit erfordert mehr unmissverständliche Gegenpositionierung jedes und jeder Einzelnen und ein hartes Handeln von Politik, Strafverfolgungsbehörden, aber auch Entscheidungstragenden in Wirtschaft, Schulen, Sport, Kultur und Institutionen. Und dabei ist jetzt Schnelligkeit geboten angesichts der sich national und europaweit auf allen Ebenen ausbreitenden rechten Strukturen.

Welchen Zusammenhang gibt es zwischen Diskriminierung und rechter Gewalt?
Diskriminierung und rechte Gewalt sind zwei Erscheinungsformen von Gewalt. Diskriminierung ist der Rahmen, in dem es zu Gewalt kommt. Nur wenn Diskriminierung und rechte Gewalt gleichermaßen bekämpft werden, kann der Kampf gegen Rechts erfolgreich sein.

VIELFALT IN DER SOZIALEN ARBEIT: EIN PODCAST, DER PERSPEKTIVEN ERÖFFNET

In einer zunehmend diversen Gesellschaft ist Diversität weit mehr als ein bloßes Schlagwort – sie ist eine gesellschaftliche Realität, die einen individuellen, institutionellen und gesellschaftlichen Umgang erfordert. Wie diese Prozesse im Bereich der Sozialen Arbeit in Brandenburg angegangen und umgesetzt werden können, macht den Kern des Podcasts „Vielfalt einfach machen“ aus.

Der Podcast rückt das Gleichheitsgebot und die Würde jedes einzelnen Menschen in den Fokus. Im Zentrum stehen Fragen, die das Herzstück der sozialen Arbeit berühren: Wie können Haltungen, etablierte Strukturen und Herangehensweisen hinterfragt und verändert werden, um wirklich jedem eine Stimme zu geben? Welche Perspektiven bleiben bislang unbeachtet, welche Stimmen werden überhört? Und wer entscheidet darüber?
Hierbei beleuchtet der Podcast, wie Einzelpersonen, Teams und Organisationen bewusster mit Diversität und Diskriminierung umgehen können. Er gibt Einblicke in den konkreten Alltag von Einrichtungen und in die Erfahrungen von Mitarbeitenden. Dabei werden auch Widersprüche und Grenzen diskutiert sowie Möglichkeiten des voneinander und miteinander Lernens erörtert.

„Vielfalt einfach machen“ ist ein gemeinsames Projekt der Opferperspektive und InSchwung – für Demokratie und Beteiligung im Paritätischen Wohlfahrtsverband Brandenburg. Ab dem 1. Februar 2024 gibt es den Podcast auf www.vielfalteinfachmachen.de und überall dort, wo es Podcasts gibt.

© Peer Neumann

AUS DER ARBEIT DES VEREINS

ERINNERUNG AN TODESOPFER ERHÄLT GESICHTER UND GESCHICHTEN

Dank des Engagements lokaler Gedenkinitiativen konnte nach vielen Jahren endlich der Kontakt zu den Angehörigen von zwei weiteren Todesopfern rechter Gewalt hergestellt werden: Phan Văn Toàn und Horst Hennersdorf. Bislang kannten wir nur die Namen der Verstorbenen. Nun konnten wir die persönlichen Geschichten und Fotos auf der Webseite „Kein Schöner Land“ ergänzen und neue Porträts durch unsere Illustratorin Mimi Hoang erstellen lassen. Die Ergänzungen tragen dazu bei, ein würdevolles Erinnern an die Menschen aufrecht zu erhalten und ihre Geschichten öffentlich zugänglich zu machen.

EXPERTISE DER OPFERPERSPEKTIVE IN FACHGESPRÄCHEN

Die Expertise der Opferperspektive ist zunehmend gefragt. Zuletzt bei der Akademie für Innovation in der Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit aus der extremen Rechten, im Bündnis für ein Zeugnisverweigerungsrecht in der Sozialen Arbeit, im Familienausschuss des Deutschen Bundestags sowie bei der F.C. Flick Stiftung zur Situation der Zivilgesellschaft in Brandenburg. Eine begrüßenswerte Entwicklung, die zeigt, dass die Perspektiven von Opferberatungsstellen in Fachdiskussionen zur Prävention von Gewalt und Diskriminierung sowie der angemessenen Unterstützung von Betroffenen an Stellenwert gewinnen.

AUFRUF FÜR EINE SACHLICHE MIGRATIONSDEBATTE IN BRANDENBURG

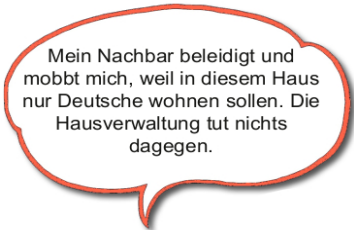
Die Debatte um Flucht, Migration und Integration hat sich in den letzten Monaten auf unerträgliche Weise verschärft. Sachargumente und Fakten werden zunehmend an den Rand gedrängt. Stattdessen bestimmen irreführende Behauptungen, Populismus und eine immer weiter nach rechts driftende Rhetorik den Diskurs. Wir fordern mit vielen anderen im „Aufruf für eine sachliche Migrationsdebatte in Brandenburg“ von Politik und Gesellschaft #menschlichbleiben. Soziale Probleme dürfen nicht auf dem Rücken von Geflüchteten ausgetragen werden. Wir laden zur Unterzeichnung unter www.aufruf-migrationsdebatte-brandenburg.de ein.

adb antidiskriminierungsberatung brandenburg

„STADT.LAND.HORIZONT“

Erweiterung der Antidiskriminierungsberatung

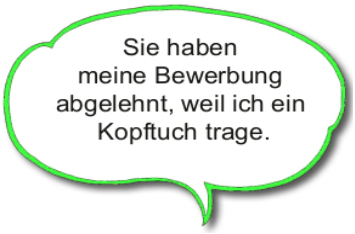
Die ADB Brandenburg war bislang eine auf rassistische Diskriminierung spezialisierte Fachberatungsstelle. Seit ihrem Bestehen erreichen sie jedoch kontinuierlich Anfragen von Menschen, die andere Formen von Diskriminierung erleben. Bislang konnte die ADB in solchen Fällen aufgrund fehlender Aufträge von Geldgebenden und begrenzter Ressourcen leider keine angemessene Beratung anbieten.
Betroffene mussten daher häufig an andere Beratungsangebote verwiesen werden, von denen es Brandenburg jedoch nur wenige gibt.



Seit dem Frühjahr 2023 hat sich dies geändert.
Dank des Förderprogramms „respekt*land“ der Antidiskriminierungsstelle des Bundes entwickelt nun die ADB im Rahmen des Projekts „Stadt.Land.Horizont“ ein merkmalsübergreifendes Beratungsangebot, das eine Vielzahl von Diskriminierungsformen berücksichtigt, darunter Rassismus, Sexismus, Queerfeindlichkeit, Ableismus (Diskriminierung von Menschen, die als behindert gelten) oder Altersdiskriminierung.

Die Projektmitarbeiter:innen haben sich in neue Bereiche eingearbeitet und viele Kooperationspartner:innen getroffen, die in Brandenburg bereits zu den verschiedenen Diskriminierungsformen arbeiten. Da diese Vorarbeiten notwendig sind, um ein angemessenes Angebot zu etablieren, wurde mit der Bewerbung des Angebots erst im November begonnen. Jedoch auch ohne Bewerbung verzeichnete die ADB bereits zahlreiche Anfragen von Menschen, die aufgrund von Altersdiskriminierung, Queerfeindlichkeit oder Ableismus benachteiligt wurden und dagegen vorgehen wollten. Dies unterstreicht den dringenden Bedarf an flächendeckender, unabhängiger, qualifizierter und intersektionaler* Antidiskriminierungsberatung in Brandenburg.

Die finanzielle Zukunft des Projekts „Stadt.Land.Horizont“ ist zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Textes jedoch unsicher. Trotz der Ergebnisse der wissenschaftlichen Studie „Gut beraten! - Auf dem Weg zu einer flächendeckenden Antidiskriminierungsberatung in Deutschland“, die auf eine massive Unterversorgung von Antidiskriminierungsberatung in Brandenburg und bundesweit hinweist, wurden die Bundesmittel für das Förderprogramm erheblich gekürzt.
Wir hoffen sehr, dass wir das begonnene Projekt wie geplant fortsetzen können, um Betroffene von Diskriminierung nicht alleine zu lassen und sie wirkungsvoll dabei zu unterstützen, ihr Recht auf Gleichbehandlung einzufordern.



*Intersektionalität: Menschen sind oft mehreren Diskriminierungsformen gleichzeitig ausgesetzt. Intersektionale Ansätze betonen, dass Diskriminierung nicht isoliert betrachtet werden sollte, sondern als Ergebnis der Wechselwirkung verschiedener (zugeschriebener) sozialer Identitäten (wie Geschlecht, Herkunft, sexuelle Orientierung usw.) Eine Antidiskriminierungsberatung berücksichtigt diese Intersektionalität, indem sie die Vielschichtigkeit von Diskriminierung anerkennt und individuelle Erfahrungen in ihrer Gesamtheit betrachtet.

UNTERSTÜTZEN SIE UNS!

SPENDENKONTO
Sozialbank
IBAN: DE38 370 20500 0003 8131 00
BIC: BFSWDE33XXX
Betreff: Antidiskriminierung
Paypal: info@opferperspektive.de

Redaktion: Nevena Mitić

KONTAKT

ANTIDISKRIMINIERUNGSBERATUNG/ OPFERPERSPEKTIVE - SOLIDARISCH GEGEN RASSISMUS, DISKRIMINIERUNG UND RECHTE GEWALT e.V.
Rudolf-Breitscheid-Straße 164, 14482 Potsdam
Tel: +49 (0)331 58107676
Fax: +49 (0)331 8170001
antidiskriminierung@opferperspektive.de
www.antidiskriminierungsberatung-brandenburg.de

Solidarisch gegen Rassismus, Diskriminierung und rechte Gewalt e.V.
Opferperspektive

Gefördert von der Integrationsbeauftragten des Landes Brandenburg, Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz